

# LEITFADEN ZUR BEHANDLUNG VON UNREGELMÄßIGKEITEN

2. Version: 30.09.2019

[www.by-cz.eu](http://www.by-cz.eu)



Ziel ETZ  
Freistaat Bayern –  
Tschechische Republik  
2014 – 2020 (INTERREG V)



**Europäische Union**  
Europäischer Fonds für  
regionale Entwicklung



---

# INHALT

---

<b>1</b>	<b>Hintergrund</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Definition einer Unregelmäßigkeit</b>	<b>2</b>
2 1	Verstoß gegen Unionsrecht oder nationale Vorschriften	2
2 2	Handlung oder Unterlassung eines Wirtschaftsteilnehmers	2
2 3	Schaden oder Gefährdung des Haushalts der Europäischen Union	2
<b>3</b>	<b>Wer ist für das Auffinden von Unregelmäßigkeiten verantwortlich und wie werden diese festgestellt?</b>	<b>3</b>
<b>4</b>	<b>Welche Unregelmäßigkeit ist zu melden?</b>	<b>3</b>
4 1	Meldepflicht gegenüber der Verwaltungsbehörde und der EU-Prüfbehörde	3
4 2	Meldepflicht gegenüber der Europäischen Kommission	4
<b>5</b>	<b>Ausnahmen von der Meldepflicht gegenüber der Kommission</b>	<b>5</b>
<b>6</b>	<b>Wie ist die Informationsweitergabe bei gegenüber der Europäischen Kommission meldepflichtigen Unregelmäßigkeiten geregelt?</b>	<b>5</b>
<b>7</b>	<b>Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Unregelmäßigkeit?</b>	<b>7</b>
<b>8</b>	<b>Appendix</b>	<b>8</b>
8 1	Ablaufschema für die Feststellung einer Unregelmäßigkeit	8

---

## 1 HINTERGRUND

---

Grundlagen dieses Leitfadens sind: Verordnung (EU) Nr. 1303/2013, Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2015/1974, Delegierte Verordnung (EU) Nr. 2015/1970, Delegierte Verordnung (EU) Nr. 568/2016 „Bedingung und Verfahren, nach denen bestimmt wird, ob nicht wiedereinziehbare Beträge von den Mitgliedstaaten zu erstatten sind“ sowie das Arbeitsdokument „Pflicht zur Mitteilung von Unregelmäßigkeiten: Praktische Modalitäten“ der Europäischen Kommission, Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), vom 11.04.2002 (19°CoCoLaF).

Zur Erfüllung der in Art. 72 Buchst. h und 122 der VO (EU) Nr. 1303/2013 festgehaltenen Berichtspflichten über Unregelmäßigkeiten soll vorliegendes Dokument den am Programmvollzug beteiligten Stellen

- die Einschätzung über das Vorliegen von Unregelmäßigkeiten erleichtern;
- den verwaltungsmäßigen Vollzug von Unregelmäßigkeiten mit Hilfe der Prüfmitteilung erläutern;
- die sich aus einer Unregelmäßigkeit ergebenden Auswirkungen sowie den Meldeweg für eine Unregelmäßigkeit aufzeigen.

---

## 2 DEFINITION EINER UNREGELMÄßIGKEIT

---

Gemäß Art. 2 Nr. 36 der VO (EU) Nr. 1303/2013 bezeichnet eine Unregelmäßigkeit:

„jeden Verstoß gegen Unionsrecht oder gegen nationale Vorschriften zu dessen Anwendung als Folge einer Handlung oder Unterlassung eines an der Inanspruchnahme von Mitteln aus den ESI-Fonds beteiligten Wirtschaftsteilnehmers, die einen Schaden für den Haushalt der Union in Form einer ungerechtfertigten Ausgabe bewirkt oder bewirken würde.“

Gemäß der Erläuterung unter Nr. 1.1 und Nr. 1.2 des Arbeitsdokuments von OLAF deckt diese Definition sämtliche objektiven Verhaltensweisen (Handlung oder Unterlassung) eines Wirtschaftsteilnehmers ab, einschließlich nicht vorsätzlicher Verhaltensweisen.

Die Definition umfasst drei Elemente: 1.) Verstoß gegen Unionsrecht oder nationale Vorschriften, 2.) Handlung oder Unterlassung eines Wirtschaftsteilnehmers und 3.) Schaden oder Gefährdung des Haushalts der Europäischen Union.

Zu prüfen ist außerdem die Kausalität zwischen den drei Merkmalen, d.h. die Handlung/Unterlassung muss Ursache für den Verstoß und dies wiederum für den Schadenseintritt bzw. die Schadensmöglichkeit gewesen sein.

### 2|1 Verstoß gegen Unionsrecht oder nationale Vorschriften

Objektives Merkmal muss ein Verstoß gegen eine Bestimmung des Gemeinschaftsrechts sein. Dies ist auch gegeben, wenn ein Wirtschaftsteilnehmer gegen nationale Rechtsvorschriften verstößt, die erforderlich sind, damit das Gemeinschaftsrecht seine volle Wirksamkeit entfaltet.

### 2|2 Handlung oder Unterlassung eines Wirtschaftsteilnehmers

Die öffentliche Hand selbst fällt nur in jenen Fällen unter den Begriff des Wirtschaftsteilnehmers, bei denen sie keine hoheitlichen Tätigkeiten ausübt. In der Regel dürfte die Verwaltung ein Wirtschaftsteilnehmer sein, wenn sie als Begünstigter auftritt (z.B. staatliche Wasserbauprojekte).

### 2|3 Schaden oder Gefährdung des Haushalts der Europäischen Union

Ein Schaden liegt vor, wenn sich nach dem Prinzip der Gesamtsaldierung eine für den EU-Haushalt nachteilige Differenz ergibt. Jedoch reicht auch die Möglichkeit eines Schadens aus ("...oder bewirken

würde."), d.h. ein Schaden dürfte bei hypothetischer Betrachtung für den Fall des Nichtaufdeckens der Unregelmäßigkeit nicht außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit liegen.

Fallbeispiele für eine Unregelmäßigkeit sind:

- Vergabeverstöße (gilt auch für Pauschalkorrekturen)
- falsche Belege, nicht zulässige Ausgaben, Überfinanzierung, nicht erklärte Einnahmen
- Nichtbeachtung von Fristen, nicht vorliegende oder verspätete Erklärungen
- nicht konforme Durchführung des Projektes, wobei eine rechtmäßig genehmigte Änderung des Förderbescheides keine Unregelmäßigkeit darstellt
- Betrugsverdacht

Außerdem kann eine systembedingte Unregelmäßigkeit vorliegen. Gemäß Art. 2 Nr. 38 der VO (EU) Nr. 1303/2013 ist dies „jede Unregelmäßigkeit, die wiederholt auftreten kann und bei Vorhaben ähnlicher Art mit hoher Wahrscheinlichkeit auftritt und auf einen gravierenden Mangel in der effektiven Funktionsweise eines Verwaltungs- und Kontrollsystems zurückzuführen ist; hierzu gehören auch die Fälle, in denen die nicht geeigneten Verfahren im Einklang mit dieser Verordnung und den fondsspezifischen Regelungen eingerichtet wurden“. Im Fall einer systembedingten Unregelmäßigkeit sind alle Vorhaben zu prüfen, die möglicherweise ebenfalls von der Unregelmäßigkeit betroffen sein könnten (vgl. Art. 143 Abs. 1 der VO (EU) 1303/2013). Die Behörde oder die Stelle, bei der die systembedingte Unregelmäßigkeit festgestellt wurde, trifft bei systembedingten Fehlern die erforderlichen Präventiv- und Abhilfemaßnahmen.

---

### 3 WER IST FÜR DAS AUFFINDEN VON UNREGELMÄßIGKEITEN VERANTWORTLICH UND WIE WERDEN DIESE FESTGESTELLT?

---

Verantwortlich für die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten sind sämtliche mit Verwaltungs- und Kontrollaufgaben beteiligten Stellen. Wichtigste Quellen für aufgedeckte Unregelmäßigkeiten sind:

- Prüfungen gem. Art. 125 Abs. 4 der VO (EU) Nr. 1303/2013 durch die Verwaltungsbehörde und deren zwischengeschalteten Stellen;
- Finanzkontrollen gem. Art. 127 der VO (EU) Nr. 1303/2013 durch die Prüfbehörde;
- Hinweise von betroffenen Wirtschaftsteilnehmern;
- allgemeine Feststellungen und Beobachtungen im Laufe des Vollzuges eines Vorhabens.

---

### 4 WELCHE UNREGELMÄßIGKEIT IST ZU MELDEN?

---

Bei der verpflichtenden Meldung von Unregelmäßigkeiten ist zwischen der Meldepflicht gegenüber der Verwaltungsbehörde und der EU-Prüfbehörde und der Meldepflicht gegenüber der Europäischen Kommission zu unterscheiden.

#### 4|1 Meldepflicht gegenüber der Verwaltungsbehörde und der EU-Prüfbehörde

Unregelmäßigkeiten sind dann gegenüber der Verwaltungsbehörde und der EU-Prüfbehörde zu melden, wenn sich aus diesen ein möglicher Schaden für den EU-Haushalt ergibt. Konkret handelt es sich dann um eine meldepflichtige Unregelmäßigkeit, wenn die betroffenen Ausgaben bereits Teil von durch die EU-Bescheinigungsbehörde bestätigten Ausgaben sind (unabhängig davon ob die Ausgaben in einer Ausgabenerklärung gegenüber der Europäischen Kommission geltend gemacht wurden). Eine Feststellung, welche noch nicht Teil von durch die EU-Bescheinigungsbehörde bestätigten Ausgaben ist, ist keine meldepflichtige Unregelmäßigkeit.

#### Wie erfolgt die Meldung?

Die verpflichtende Meldung von Unregelmäßigkeiten gegenüber der EU-Prüfbehörde erfolgt über die Einreichung einer Prüfmitteilung beim GS. Das GS trägt die Unregelmäßigkeit ins eMS ein, lädt diese hoch und informiert die VB. Die VB wiederum informiert die EU-Prüfbehörde (zum ausführlichen Ablauf, siehe Anlage 58.a.6 des BAV Dokuments „Hinweise zur Prüfmitteilung“).

Zu berücksichtigen ist außerdem, dass eine nicht durchgeführte Rückforderung aufgrund einer evtl. einschlägigen Bagatellgrenze keinen Einfluss auf die Abgabe bzw. Meldung einer Unregelmäßigkeit hat. Eine meldepflichtige Unregelmäßigkeit ist bereits für Beträge ab 0,01 € erforderlich.

## 4|2 Meldepflicht gegenüber der Europäischen Kommission

Neben der Meldepflicht gegenüber der EU-Prüfbehörde muss eine Unregelmäßigkeit zusätzlich an die Europäische Kommission gemeldet werden, wenn zu einem Fall Betrugsverdacht vorliegt, die Unregelmäßigkeit einen Betrag von mehr als 10.000,- Euro EFRE-Mitteln betrifft und **keine** Ausnahme gemäß Ziffer 5 dieses Leitfadens gilt.<sup>1</sup>

Die Meldeschwelle von 10.000,- Euro EFRE-Mittel (außer im Falle des Betrugsverdachtes – dabei erfolgt eine Meldung an die Kommission ab 0,01 Euro) ist nicht als der tatsächlich entstandene Schaden zu verstehen, sondern beinhaltet auch Unregelmäßigkeiten, die geeignet sind, über diese Schwelle hinausgehende Auswirkungen zu haben. Auch darf der zugrundeliegende Vorgang nicht aufgesplittet werden, um auf diese Weise die Mitteilungspflicht zu umgehen. Bei der Prüfung, ob die Meldeschwelle überschritten wurde, sind ausschließlich die **EFRE-Mittel** zu berücksichtigen.

Die Mitgliedsstaaten sind verpflichtet, binnen zwei Monaten nach Ablauf eines jeden Quartals jene Unregelmäßigkeiten an die Kommission zu melden, die Gegenstand einer „ersten amtlichen oder gerichtlichen Feststellung“ gewesen sind. Gemäß Art. 2 Buchst. b der Delegierten VO (EU) Nr. 2015/1970 versteht man hierunter die „erste schriftliche Bewertung einer zuständigen Verwaltungs- oder Gerichtsbehörde, in der diese anhand konkreter Tatsachen zu dem Schluss kommt, dass eine Unregelmäßigkeit vorliegt, auch wenn dieser Schluss aufgrund des weiteren Verlaufs des Verwaltungs- oder Gerichtsverfahrens möglicherweise revidiert oder zurückgezogen werden muss“.

### Wie erfolgt die Meldung?

Bei der Meldung der Unregelmäßigkeiten gegenüber der Europäischen Kommission sind unterschiedliche „Meldearten“ zu beachten:

#### Erstmeldung:

Wird eine derartige Unregelmäßigkeit festgestellt, wird diese zum einen per Prüfmitteilung an das GS gemeldet. Zum anderen muss zusätzlich Anlage 58.a.5 „Mustertabelle für Meldungen von oberhalb 10.000 Euro“ ausgefüllt und an das GS geschickt werden. Das GS trägt die Unregelmäßigkeit ins eMS ein, lädt beide Dokumente hoch und informiert die VB. Die VB wiederum informiert die EU-Prüfbehörde und diese die Europäische Kommission (zum ausführlichen Ablauf, siehe Anlage 58.a.6 des BAV Dokuments „Hinweise zur Prüfmitteilung“ und Ziffer 6 dieses Leitfadens).

#### Folgemeldung (Follow-up zur Prüfmitteilung):

Nach Artikel 4 der delegierten Verordnung (EU) Nr. 2015/1970 ist die Kommission über den Fortgang des Verfahrens der gemeldeten Fälle in Kenntnis zu setzen. Somit sind die als Unregelmäßigkeit gemeldeten Förderfälle kontinuierlich durch die zwischengeschalteten Stellen zu verfolgen. Bei mit Sanktionen belegten Unregelmäßigkeiten sind auch Informationen zur Art der Sanktion sowie die weiteren Vorgaben aus Art. 4 Abs. 2 der delegierten Verordnung (EU) Nr. 2015/1970 zu übermitteln. Sobald sich eine Veränderung im Sachstand ergeben hat, insbesondere durch Rückzahlung von beanstandeten EFRE-Mitteln, Festlegung von (un)befristeten Niederschlagungen, Erlassen, neue Sachstände bei Gerichtsverfahren etc., sind diese Förderfälle im Rahmen einer erneuten Prüfmitteilung

<sup>1</sup> Art. 122 Abs. 2 VO (EU) Nr. 1303/2013.

(Follow-up zur Prüfmitteilung) an das GS zu melden (Art. 2 Abs. 2 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2015/1974 „... so bald wie möglich nach Erlangung der maßgeblichen Informationen“).

In Fällen, bei denen die Unregelmäßigkeiten nicht offensichtlich sind, sollten zur Vermeidung von Falschmeldungen vor der Erstellung der Prüfmitteilung und der Anlage 58.a.5 von den betroffenen Wirtschaftsteilnehmern oder von Dritten Stellungnahmen eingeholt werden. Eine etwaige spätere Anhörungspflicht nach Verwaltungsverfahrenrecht, z.B. im Zuge des Wiedereinzugsverfahrens, bleibt hiervon unberührt.

---

## 5 AUSNAHMEN VON DER MELDEPFLICHT GEGENÜBER DER KOMMISSION

---

Ausnahmen von der Mitteilungspflicht gegenüber der Kommission gelten gemäß Art. 122 Abs. 2, 2. UA der VO (EU) Nr. 1303/2013 in folgenden Fällen:

- Fälle, in denen die Unregelmäßigkeit lediglich darin besteht, dass infolge der Insolvenz des Begünstigten ein in dem kofinanzierten operationellen Programm enthaltenes Vorhaben nicht oder nicht vollständig durchgeführt wurde; Unregelmäßigkeiten, die einer Insolvenz vorausgehen, sind jedoch zu melden, sofern sie die sonstigen Meldevoraussetzungen erfüllen.
- Fälle, die die Begünstigten der Verwaltungs- oder Bescheinigungsbehörde vor oder nach der Zahlung des öffentlichen Beitrags von sich aus mitgeteilt haben, bevor eine der beiden Behörden die Unregelmäßigkeiten feststellen konnte (z.B. Ausgaben wurden bei VN-Prüfung anerkannt, Empfänger stellt selbst fest, dass diese nicht kofinanzierungsfähig sind und meldet dies an die Behörde; Selbstanzeige des Subventionsempfängers).
- Fälle, die von der Verwaltungs- oder Bescheinigungsbehörde festgestellt und berichtet wurden, bevor die betreffenden Ausgaben in einer der Kommission vorgelegten Ausgabenerklärung erscheinen (z.B. Rechenfehler bei der VN-Erstellung; zur VN-Prüfung eingereichte Ausgabennachweise, die von der Bewilligungsstelle als nicht förderfähig beurteilt werden; evtl. fehlerhafte Zuordnung zum Programm, zum förderfähigen Standort auf Grund unzureichender/missverständlicher Informationen des Wirtschaftsbeteiligten, offene Erfüllung von Nebenbestimmungen, offene oder fehlende Stellungnahmen;)
- Darüber hinaus sieht die Kommission in Fällen „höherer Gewalt“ innerhalb, der in der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Gemeinschaften festgelegten Anwendungsgrenzen, eine Ausnahme von der Unregelmäßigkeit. Unter „höherer Gewalt“ sind nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs „ungewöhnliche und unvorhersehbare Ereignisse zu verstehen, auf die der betroffene Wirtschaftsteilnehmer keinen Einfluss hatte und deren Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt nicht hätten vermieden werden können“ und die somit den Wirtschaftsteilnehmer daran hindern, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

---

## 6 WIE IST DIE INFORMATIONSWETERGABE BEI GEGENÜBER DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION MELDEPFLICHTIGEN UNREGELMÄßIGKEITEN GEREGLT?

---

Die Mitteilungen gegenüber der Kommission erfolgen zentral über das Bundesministerium der Finanzen über die Plattform iMS an OLAF. Das BMF selbst erhält gebündelte Mitteilungen über diese Unregelmäßigkeiten von der zuständigen Stelle beim jeweiligen Fondsverwalter. Für das Programm Ziel ETZ Freistaat Bayern – Tschechische Republik 2014 – 2020 ist dies die EU-Prüfbehörde im StMWi. Die Informationsweitergabe an die EU-Prüfbehörde von den einzelnen zwischengeschalteten Stellen erfolgt über die Prüfmitteilung und die Anlage 58.a.5 „Mustertabelle für Meldungen von oberhalb 10.000 Euro“ an das GS, welches diese im eMS eingibt.

Die gegenüber der Europäischen Kommission meldepflichtigen Unregelmäßigkeiten müssen von der EU-Prüfbehörde zu festen Stichzeitpunkten abgegeben werden. Die Europäische Kommission erwartet



die Meldungen bis spätestens 2 Monate nach Ablauf des Quartals. Für den Verfahrensablauf bedeutet dies, dass die EU-Prüfbehörde nur Meldungen berücksichtigen kann, die für das jeweilige Quartal zu folgenden Stichzeitpunkten im eMS eingegeben sind (bitte beachten Sie eine angemessene Vorlaufzeit für die Eintragung durch das GS):

- Für das I. Quartal eines Jahres: bis zum 15. Mai
- Für das II. Quartal eines Jahres: bis zum 15. August
- Für das III. Quartal eines Jahres: bis zum 15. November
- Für das IV. Quartal eines Jahres: bis zum 15. Februar

Gemäß Art. 2 Abs. 3 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2015/1974 besteht für die Mitgliedstaaten unverzügliche Mitteilungspflicht, d.h. noch vor Ablauf der Quartalsfristen, gegenüber der Europäischen Kommission und ggf. anderen Mitgliedstaaten über festgestellte oder vermutete Unregelmäßigkeiten, die schnelle Auswirkungen außerhalb seines Hoheitsgebiets haben können oder die eine neue Form von Unregelmäßigkeiten erkennen lassen.

Details zum Informationsfluss und den zu beachtenden Fristen enthält die nachfolgende schematische Übersicht.

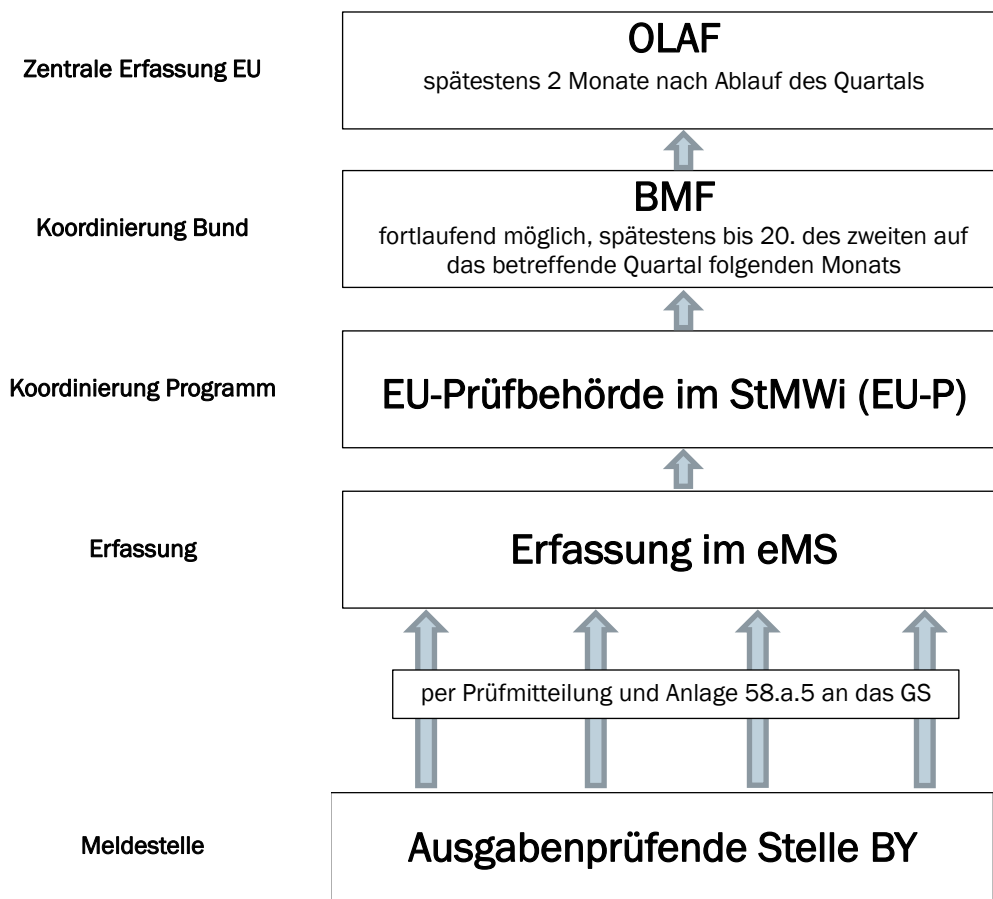


Abbildung 1: Ablaufschema für Unregelmäßigkeiten im Programm Ziel ETZ 2014-2020

Die zuständigen Meldestellen koordinieren selbstständig die (ggf. unverzügliche) Meldung aller meldepflichtigen Unregelmäßigkeiten an das GS. Seitens der EU-Prüfbehörde im StMWi werden die Meldungen (über 10.000,- Euro EFRE-Mittel) über das Bundesministerium der Finanzen an OLAF weitergeleitet.



Für Fragen zum Meldeverfahren für Unregelmäßigkeiten gegenüber der Europäischen Kommission stehen zur Verfügung:

Herr Kasparak, Tel.: 089/2162-2311, E-Mail: [roland.kasparak@stmwi.bayern.de](mailto:roland.kasparak@stmwi.bayern.de)

Herr Kimberger, Tel.: 089/2162-2325, E-Mail: [marcus.kimberger@stmwi.bayern.de](mailto:marcus.kimberger@stmwi.bayern.de)

---

## 7 WELCHE KONSEQUENZEN ERGEBEN SICH AUS DER UNREGELMÄßIGKEIT?

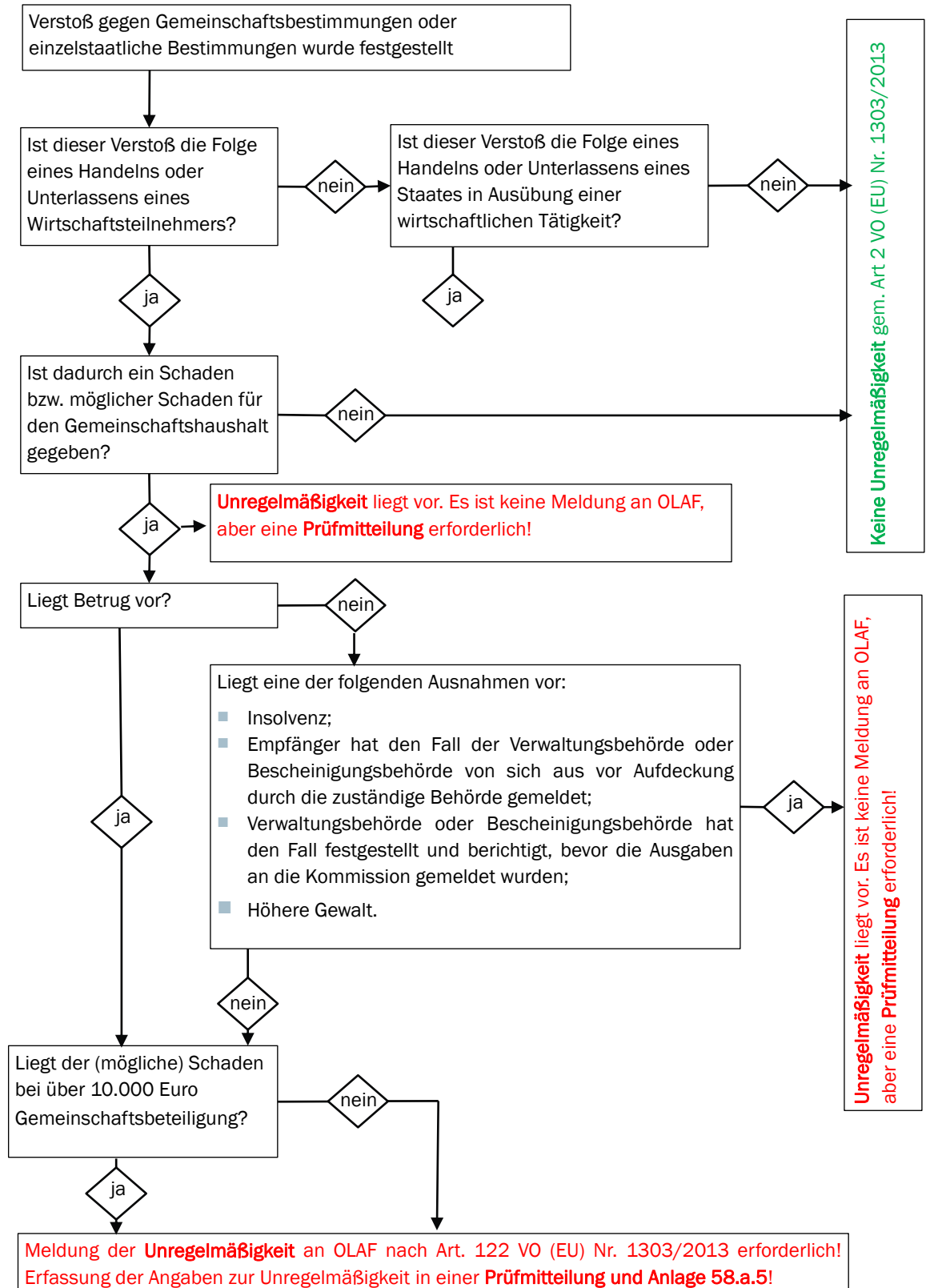
---

Die in einem Mitgliedsstaat festgestellten Unregelmäßigkeiten über 10.000,- Euro EFRE-Mittel werden beim Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) erfasst. Die übermittelten Daten werden für die Durchführung von Risikoanalysen und die Erarbeitung von Berichten und Frühwarnsystemen verwendet.

Werden bei Prüfungen der Wirksamkeit der Verwaltungs- und Kontrollsysteme systembedingte Unregelmäßigkeiten (s.o. unter Ziffer 2|3) festgestellt, kann dies eine Pauschalkorrektur der EFRE-Mittel um den entsprechenden Betrag auf Programmebene nach sich ziehen.

## 8 APPENDIX

### 8|1 Ablaufschema für die Feststellung einer Unregelmäßigkeit



---

**Impressum**

Verwaltungsbehörde des Programms zur  
grenzübergreifenden Zusammenarbeit  
Freistaat Bayern – Tschechische Republik  
Ziel ETZ 2014 – 2020  
  
im Bayerischen Staatsministerium für  
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie  
Prinzregentenstr. 28  
80538 München  
Postanschrift  
80525 München  
Tel. 089 2162-0  
Fax 089 2162-2760  
poststelle@stmwi.bayern.de  
www.stmwi.bayern.de

---

**Stand**

September 2019



Bayerisches Staatsministerium für  
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie